



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Soziales, Integration,  
Wohnen, Kinder, Familie -

## Tagesordnung II Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 13. September 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-51-0027

### Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen

---

#### Beschluss Nr. 0116

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Bericht „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen 2022/23“ wird zur Kenntnis genommen (vgl. Anlage 1 der Sitzungsvorlage).
2. Ferner wird mit Blick auf die Zielgruppe der Handlungsstrategie zur Kenntnis genommen,
  - 2.1. dass der Regelbetrieb in der Bezirkssozialarbeit, den Kindertagesstätten, der Grundschulkinderbetreuung sowie der Schulsozialarbeit (an Grundschulen und weiterführenden Schulen), Jugendarbeit und Eingliederungshilfe derzeit durch Personalmangel gekennzeichnet ist und dies insbesondere die Teilhabe benachteiligter Kinder gefährdet. Kürzungen in diesen Bereichen würden ebenfalls die herkunftsbenachteiligten Kinder und Jugendlichen am härtesten treffen.
  - 2.2. dass in mehreren Bereichen zuletzt zentrale Ausbaubedarfe beschrieben und für den kommenden Haushalt angemeldet wurden, die bei Nichtumsetzung ebenfalls besonders zu Lasten benachteiligter Kinder und Jugendlicher gehen werden (vgl. u.a. die zu den Haushaltsberatungen zurückgestellten SV im Kontext Eingliederungshilfe (SV 23-V-51-0015), Grundschulkinderbetreuung (SV 23-V-51-0006) und Schulsozialarbeit Sek. I (SV 23-V-51-0017)).
  - 2.3. dass die Schulsozialarbeit an Grundschulen mit mittleren und hohen Bedarfslagen (gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0362 vom 12. November 2020, vgl. Anlage 2 der Sitzungsvorlage) als wichtige Form sozial indizierter Mittelzuweisung im Sinne der Zielgruppe noch nicht flächendeckend umgesetzt ist und es p.a. ca. 1,4 Mio € kosten würde, wollte man beschlussgemäß alle Grundschulen mit hohen und mittleren Bedarfslagen adäquat mit Schulsozialarbeit ausstatten.
  - 2.4. dass Dezernat VI/51 am Konzept von Teilhabestandards (Beschluss Nr. 0461 der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Oktober 2019; Anlage 3 der Sitzungsvorlage) arbeitet. Dies wird eine Beschreibung enthalten, was für die große Gruppe der armen / herkunftsbenachteiligten jungen Menschen in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen als notwendig erachtet wird, um deren Teilhabe zukünftig strukturell zu ermöglichen. Das Konzept wird der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2023 vorgelegt werden.

- 2.5. dass eine mit Blick auf die Zielgruppe der herkunftsbenachteiligten Kinder fachlich notwendige Ressourcenausstattung von Ganztagsangeboten wie dem Pakt für den Ganzttag (früher: Pakt für den Nachmittag) oder das Ganztagsprofil 3 im Rahmen der aktuellen Finanzierung durch Stadt und Land nicht gegeben ist;
- 2.6. und dass es - mit Blick auf den Rechtsanspruch 2026ff - zeitnah an Grundschulstandorten mit hohen sozialen Bedarfslagen mit zusätzlichen Ressourcen hinterlegte Modellprojekte bräuchte, um die Höhe der zusätzlich notwendigen Finanzressourcen zu ermitteln; und dass dafür - sowie für eine eventuelle wissenschaftliche Begleitung - ein Zusatzbudget zur Verfügung gestellt werden müsste, da die Mittel unter den aktuellen (Haushalts-)Bedingungen nicht zur Verfügung stehen.

(antragsgemäß Magistrat 05.09.2023 BP 0671)

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .09.2023

Sebastian Rutten  
Vorsitzender